



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2010/09239**
Datum: 21.12.2010
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Dietmar Wehrich
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.10.2010	öffentlich Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	13.01.2011	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	26.01.2011	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ferienangebote für Kinder und Jugendliche

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten von Ferienbetreuung und Ferienaktivitäten für Kinder und Jugendliche in der Stadt Halle **zusammen mit den Preisen und Anmeldeformalitäten online übersichtlich zugänglich zu machen. Bis spätestens zu den Sommerferien 2011 werden dazu die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Zu prüfen ist dabei insbesondere, ob das Angebot über das Jugendinfoportal der Stadt Halle „Youthpool“ bereitgestellt und über die städtische Homepage verlinkt werden kann.**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über geeignete Öffentlichkeitsarbeit (Newsletter, Amtsblatt) die Anbieter über die Möglichkeit der zentralen Erfassung der Ferienangebote und Familien über das städtische Informationsangebot zu informieren. Nach einem Jahr (im August 2012) wird das Angebot hinsichtlich Qualität und Inanspruchnahme überprüft und das Prüfergebnis dem Stadtrat vorgelegt.

gez. Dietmar Wehrich
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Häufig gibt es in den Ferien für berufstätige Eltern Probleme mit einer Betreuung ihres Nachwuchses. Dies gilt vor allem für Kinder in schulpflichtigem Alter. Da die Eltern im besten Fall 6 Wochen Urlaub im Jahr nehmen können, die Kinder aber 12 Wochen Ferien haben, ist dies gerade für Alleinerziehende eine problematische Situation. Zudem sind vorhandene Angebote nur unzureichend bekannt.

Mit diesem Antrag soll ein aktueller Stand der Angebote zusammengetragen und zentral veröffentlicht werden. Damit wird eine Informationsmöglichkeit für Eltern geschaffen, die eine Betreuung für ihre Kinder suchen.

Außerdem bietet diese Information für die Politik eine Grundlage, um den Bedarf von weiteren Angeboten zu ermitteln.